

monitor



Von nix kommt nix

Wir brauchen Eure Unterstützung: 300 x 15

Seit zwanzig Jahren informiert das *apabiz* zuverlässig über alles, was Rechts ist – von Neonazis bis zur Braunzone. Jetzt brauchen wir Eure Hilfe, damit wir weiterhin unabhängig arbeiten und Euch informieren können.

Die Informationshäppchen, die zur Zeit rings um die rassistische Mordserie des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUNDS (NSU) täglich an die Öffentlichkeit kommen, machen vor allem eines deutlich: Unabhängige Recherchen, Fakten-Wissen und kompetente Analysen über die extreme Rechte sind wichtiger denn je – wenn wir nicht auf die zweifelhafte Informationspolitik von staatlicher Seite angewiesen sein wollen.

Dieses Wissen, gesammelt in einem der größten Facharchive über die extreme Rechte in der Bundesrepublik, stellen wir in Handreichungen, Broschüren, Vorträgen, im *monitor* und auf unserem Blog allen zur Verfügung, die sich gegen Neonazis engagieren: Antifa-Initiativen, Bündnissen gegen Rechts, Pädagog_innen, Wissenschaftler_innen, Journalist_innen und vielen anderen.

Auch wenn viele, die sich im *apabiz* engagieren, vor allem ehrenamtlich aktiv sind: Wir haben laufende Kosten, die in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind. Monatlich müssen wir rund 4.500 Euro für Miete, Neuanschaffungen von Büchern und die fachgerechte Unterbringung und Verwaltung unserer Archivalien aufbringen. Wir

wollen und müssen diesen Bereich frei von staatlichen Vorgaben und politischen Konjunkturen finanzieren und absichern – und dafür sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen.

Unser Ziel:

300 x 15 Euro monatlich mehr, dann ist unsere Unabhängigkeit gesichert

Dabei könnt Ihr uns helfen: Jeder und jede von Euch kann ein neues Fördermitglied werben, denn es gibt noch viele andere, die Wert auf unabhängige Informationen und Analysen gegen Rechts legen: Schon ab 5 Euro im Monat beginnt die Fördermitgliedschaft. Dafür gibt es eine Spendenquittung, sechs Mal im Jahr den *monitor* im Briefkasten und viele weitere informative Überraschungen. Einfach auf der letzten Seite den Antrag ausfüllen oder einen Dauerauftrag einrichten und uns eine E-Mail schreiben.

Danke für Eure solidarische Unterstützung in den vergangenen Jahren! Wir freuen uns auf ein spannendes Jahr 2012 mit Euch!

Inhalt

- 1 Von nix kommt nix
Wir brauchen Eure Unterstützung: 300 x 15
- 2 Das Schwierige begreifen
Die Morde der NSU: Genug geschwiegen, geduldet, gedeckt
- 6 Die es ernst meinen
Der Terror von COMBAT 18
- 7 Kurzmeldungen
- 7 »Kein Bock auf Nazis«
Neue Ausgabe erscheint
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
(apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
geöffnet do von 15 bis 19 uhr
und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt. mehr infos dazu gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. |
v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere
fördermitglieder, die mit ihrem beitrag
die finanzierung unterstützen |
erscheinungsweise: alle zwei monate
fotos: alle rechte liegen bei den
fotograf_innen



Am 10. Dezember 2011 gingen in Berlin mehrere Hundert Menschen gegen Rassismus auf die Straße – die große Resonanz blieb jedoch aus. | (c) C. Ditsch/ version-foto.de



Das Schwierige begreifen

Hintergrund: Genug geschwiegen, geduldet, gedeckt

Über mehrere Jahre hinweg haben Mitglieder einer Nazi-Untergrundzelle zehn Menschen in Deutschland kaltblütig ermordet. Die Täter_innen, die sich selber als NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU) bezeichnet haben, wählten neun ihrer Opfer aus rassistischen Motiven aus: es waren Männer, die türkischer oder in einem Fall griechischer Herkunft waren. Den Familien aller Opfer, die beschämender Weise selber zum Ziel der Ermittlungen der Polizei wurden, gilt unsere tiefste Anteilnahme.

Aufgrund der Enthüllungen der letzten Wochen haben wir uns entschlossen, unsere Planungen zu dieser Ausgabe umzuwerfen. Wir wollen auf den folgenden Seiten versuchen, die mit der NSU verbundenen Fragen aufzuwerfen und zumindest teilweise zu beantworten.

Sind die Taten der NSU einmalig oder gibt es weitere Terrorzellen?

Wenn wir eine Antwort darauf finden wollen, warum die Nazi-gruppe, deren Kern sich zuletzt als NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU) bezeichnet hatte, den Weg in den bewaffneten Untergrund genommen hat, müssen wir uns auch noch einmal mit ihrem Ausgangsort beschäftigen. Wir müssen das politische Milieu und damit ihren geistigen und aktionistischen Erfahrungsraum in den 1990er-Jahren beschreiben.

Eine Generation des bewaffneten Rassismus

Fünf Mitglieder oder Beschuldigte – UWE BÖHNHARDT, UWE MUNDLOS, BEATE

ZSCHÄPE, RALF WOHLLEBEN und HOLGER GERLACH – stammen alleine aus Jena. Sie waren organisiert in Kameradschaftsstrukturen, vernetzten sich über den THÜRINGER HEIMATSCHUTZ landesweit und tauchten, in unterschiedlichen Konstellationen, seit Mitte der 90er-Jahre auf überregionalen Aufmärschen oder auch bei Konzerten des B&H-Netzwerkes auf. Von BÖHNHARDT und MUNDLOS wird erzählt, sie seien in Thüringen direkt in BLOOD & HONOUR-Aktivitäten involviert gewesen. BÖHNHARDT, MUNDLOS und WOHLLEBEN beteiligen sich an solidarischen Aktionen für MANFRED ROEDER, der bereits in den 80er-Jahren wegen Rädelführerschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt worden war und ein Vorbild der Szene blieb. Während Teile der Nazi-Strukturen die Vorbe-

reitung auf den »Rassenkrieg« propagierten, unternahmen die späteren NSU-Mitglieder bereits erste Schritte beim Bau von zunächst Bombenattrappen und später Rohrbomben. Sie brachten also von ihrer Seite alles mit, um den Schritt in den bewaffneten Untergrund zu gehen. Dass dies ihnen so umfassend und langanhaltend gelang, das hatte mit Sicherheit auch andere Gründe. Denn außer den Thüringer_innen könnte man sicherlich noch ein paar Hundert Andere nennen, die Ende der 90er-Jahre so unterwegs waren und eine Generation des bewaffneten Rassismus formierten. Ihr Verbleib heute wird uns auch in Zukunft noch beschäftigen müssen.



Ist in der Vorgehensweise ein Konzept erkennbar?

Das 1990er-Jahrzehnt brachte die massivste politische Gewalt von Rechts hervor, die es in Deutschland seit 1945 je gegeben hat. Jahrelange Gewaltexzesse und vor allem deren relativer Erfolg in den Kommunen, sei es bei der Vertreibung der Flüchtlinge oder in der Bekämpfung der Linken, waren die politische Schule einer ganzen Generation von Neonazis. Direkte polizeiliche Repression blieb oft aus. Erst ab Ende 1992 bis ins Jahr 1996 folgte eine Welle von Verboten gegen den organisierten Teil der Szene. Die führenden Köpfe entwickelten da bereits den nächsten Schritt der gewaltsamen Auseinandersetzung: das Konzept der »Anti-Antifa«. Obwohl es rhetorisch immer als Gegengewalt verkauft wurde, diente es doch der offensiven Ausweitung der Angriffe auf noch mehr politische Gegner_innen. Der Kreis der als »Volksfeinde« denunzierten Menschen wurde erheblich ausgedehnt auf alle, die sich politisch gegen die Nazis stellten. Und die veröffentlichten Adresssammlungen forderten die Nazi-Gruppen auf, vor Ort tätig zu werden. Oder wie es der Einblick 1993 formulierte: den Linken »unruhige Nächte« zu bereiten und sie »endgültig auszuschalten«.

Vor der staatlichen Repression wegtauchen: Kameradschaften und Subkultur

Die Organisationsverbote führten zu einer Differenzierung der Naziszene. Das erfolgreichste Konzept der zweiten Hälfte der 90er wurde der Aufbau kommunaler Kameradschaften, nach außen lose wirkende Zusammenschlüsse Gleichgesinnter ohne fixiertes Regelwerk, um drohenden Verboten entgegen zu wirken. Nach innen waren und sind die Kreise verschworene Gruppen »politischer Soldaten«, angeleitet und geführt von einem oder mehreren männlichen Kameraden – selten auch von Frauen in Führungsrollen. Von Beginn an wurden regionale und überregionale Vernetzungen der Führungskreise aufgebaut, wodurch beispielsweise politische Kam-

pagnen angeschoben wurden. Selbstverständlich setzten diese Kameradschaften auch die Anti-Antifa-Arbeit um.

Neben dem Strassenterror fokussierten Andere auf den Aufbau der militanten Naziskinhead-Gruppen. BLOOD & HONOUR wurde spätestens in der zweiten Hälfte der 90er das führende Netzwerk, das lokal die neonazistische Subkultur stärkte, sich an den Einnahmequellen der illegalen Musikproduktion bereicherte und internationale Netze spinn.

Die Option des »bewaffneten Widerstands« nimmt in den strategischen Planungen der Naziszene je nach Situation einen breiten oder marginalen Raum ein; sie ist jedoch als Option ständig präsent. Dies sollten wir uns bei der Untersuchung der Neonazis immer wieder vor Augen halten. Vor allem ist das Training von und die geistige Vorbereitung auf gewaltsame und bewaffnete Auseinandersetzungen eine permanente Praxis. Das beginnt bei der begeisterten Beschäftigung mit jederlei militärischen Themen, vor allem des »heldenhaften« Kampfes der Großväter im 2. Weltkrieg. Die Aktivisten und Aktivistinnen der Szene begreifen sich in erster Linie als »politische Soldaten«, eine Rolle, die deutlich männlich konnotiert ist und meistens auch den Männern vorbehalten bleiben soll. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit den politischen Gegner_innen, vor allem den »Roten«, der Antifa oder auch den »Ausländerbanden« wird als dauerhaftes Muss und Beweis der Härte des Kampfes stilisiert. Und schließlich streben alle neonazistischen Aktivist_innen nach der Ausbildung an Waffen, der paramilitärische Umgang wird in Wehrsport- und Schießübungen trainiert, einschlägige Literatur kursiert und wird intern diskutiert.

Wieso gibt es kein Bekennerschreiben? Ist das Nazi-Terror, Terrorismus von rechts?

Bei neonazistischen Anschlägen tat sich die Szene zu keiner Zeit mit Bekennerschreiben hervor. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der rechte Terror immer schon

Terror war. Folgt man der Definition des britischen Politologen Paul Wilkinson, so lässt sich von Terrorismus sprechen, wenn mit Attentaten große Furcht erzeugt werden soll, wenn sie auf einen größeren Kreis von Menschen zielen als nur die unmittelbar Betroffenen, wenn symbolische Ziele ausgewählt werden. Zudem wollen Terrorist_innen Regierungen unter Druck setzen oder bestimmte soziale Gruppen, sie wollen auf brutale Weise Einfluss nehmen.

Blanker Terror in diesem Sinne war 1980 der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest, der blutigste Anschlag in der jüngeren deutschen Geschichte überhaupt, dem 13 Menschen zum Opfer fielen. Als Täter, der ebenfalls bei der Explosion umgekommen war, wurde GUNDOLF KÖHLER identifiziert. Der Student hatte enge Verbindungen zu der rechtsmilitanten WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN unterhalten. Ziel des Anschlags war es offensichtlich die bevorstehende Bundestagswahl zu beeinflussen. Der Staat sollte als machtlos vorgeführt werden, unfähig, seine Bürger_innen zu schützen. So wollten die Rechtsterroristen in ihrer verqueren Logik den Ruf nach einer autoritären Regierung provozieren.

Andere Formen rechter Gewalt zielten (und zielen) darauf, Menschen einzuschüchtern, zu vertreiben oder gar »auszuschalten«, Menschen, die den Neonazis als »Verräter an Volk und Nation« gelten oder bereits durch ihre schiere Existenz der Idee der »Volksgemeinschaft« widersprechen und dem »Aufstieg Deutschlands« im Wege stehen. Anfang der achtziger Jahre terrorisierte zum Beispiel die Zelle um ODFRIED HEPP und WALTER KEHEL US-Soldaten mit Autobomben, um die »amerikanische Fremdherrschaft« zu beenden. 1997 schoss KAY DIESNER einen linken Buchhändler in Berlin nieder und tötete später einen Polizisten im Feuergefecht.

Wie intensiv die Öffentlichkeit den rechten Terror wahrnimmt – und wieder verdrängt –, hängt von politischen Konjunkturen und Interessen ab. Gegenüber den Morden der RAF schien vielen in den siebziger und frühen achtziger Jahren die Formie-



rung und Bewaffnung neonazistischer Gewalttäter wenig bedeutsam. Doch besonders in dieser Zeit stieg die Zahl der neonazistischen Gewalttaten rasant an. Bis 1980 wurden nahezu im Monatsrhythmus Sprengstoff- und Brandanschläge von Neonazis verübt.

Nach der Wiedervereinigung witterten die bundesdeutschen Neonazis Morgenluft. Die rassistische Gewaltwelle der frühen neunziger Jahre sahen sie als Unterstützung für ihr Ziel der großen »Ausländer«-Vertreibung. Angesichts der Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, bei denen sich die Täter in ihrer Selbstermächtigung zur Gewalt nicht zuletzt durch die Berichterstattung auflagenstarker Boulevardmedien ermutigt gefühlt haben dürften, fantasierte man in neonazistischen Gruppen über den bevorstehenden Volksaufstand. Hatte man in der Öffentlichkeit die Pogrome zunächst zum Teil noch als Saufereiexzesse verharmlost, so führten die Morde von Mölln und Solingen dazu, Brandanschläge auf Wohnhäuser als versuchten Mord zu verfolgen.

Das NSU-»Bekennervideo«

Dem *apabiz* liegt eine Kopie des sogenannten »Bekennervideos« des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU) vor. Dieses kann bei uns eingesehen werden.

Vom Video haben wir ein Transkript veröffentlicht, das auf unserer Homepage unter der Adresse www.apabiz.de/aktuell/Transkript_Bekennervideo_NSU.html heruntergeladen werden kann.

In der Szene werden heute ungehemmt Gewalt- und Mordfantasien verbreitet. Hauptfeind sind »die Ausländer«, die Demokratie, die offene Gesellschaft. Hasserfüllt fiebert man dem großen Bürgerkrieg entgegen, aus dem ein neues, völkisches Deutschland entstehen werde. Blutige Visionen wie diese, so vermerkte bereits Mitte der achtziger Jahre der Soziologe Eike Hennig, erzwingen geradezu Gewalt: »Militanz ist notwendig, um diese Situation gestalten zu können. Das apokalyptische Bild von Chaos und Neuerweckung verlangt nach dem Fanal und der Ausschaltung der Feinde.«

Was sagt die Mitgliedschaft einer Frau im »Terrortrio« (!) über die Geschlechterverhältnisse aus oder besser: Was sagt das eben nicht aus?

Mit der menschenverachtenden Mordserie der NSU hat der rechte Terror in Deutschland einen neuen traurigen und erschreckenden Höhepunkt erreicht. Aber auch wenn die Empörung in den Medien und der Politik dies suggerierte: Leider ist weder rechter Terror und Mord ein neues Phänomen, noch, dass auch Frauen in diesen involviert sind. Seit der Wiedervereinigung gab es unabhängigen Zählungen zufolge 182 Todesopfer rechter Gewalt, bei denen die MörderInnen nicht aus dem Untergrund agiert haben. Zählt man die Opfer der europäischen Abschiebep Praxis hinzu, steigt die Zahl um ungezählt viele Menschen.

Dass auch Frauen nicht erst seit 1945 in allen Bereichen der extremen Rechten aktiv sind, scheint in der öffentlichen Wahrnehmung noch immer nicht überall angekommen zu sein. Die mediale Darstellung von BEATE ZSCHÄPE folgte in den ersten Tagen überwiegend sexistischen Stereotypen. Und auch die folgende Berichterstattung über Frauen in der extremen Rechten offenbarte das gesamte Unwissen. Dass 90% der Medienberichte, mit Formulierungen wie »seit einigen Jahren«, »keine Männerdomäne mehr« oder »nicht mehr nur in der Mutterrolle« in das Thema einführten, zeigt eine erschreckende Geschichtslosigkeit und eine Blindheit gegenüber den Aktionsformen von Frauen. Diese Blindheit prägt nicht zuletzt auch die Arbeit des Verfassungsschutzes und wird der gefährlichen Rolle von rechtsextremen Frauen nicht gerecht.

Was sagt die Mitgliedschaft einer Frau im Terrortrio über Geschlechterverhältnisse aus? Nichts. Was sagt sie über die extreme Rechte in Deutschland aus? Eine Menge. Denn die NSU kann im Grunde als ein Abbild der extremen Rechten im Kleinen verstanden werden. Dies betrifft die Bildungsverhältnisse und die sozialen Netze, aber eben auch die Geschlechterverhältnisse. Eine Frau unter drei

Rechten mag zahlenmäßig etwas hoch gegriffen sein, kommt aber in einigen Bereichen den Zahlenverhältnissen nahe. Auch die vermeintliche Verteilung der Aufgaben entspräche dem, was Frauen in der extremen Rechten insgesamt häufig leisten: Die Organisation des Alltäglichen, die Beschaffung von Räumen und anderer Infrastruktur, die Aufrechterhaltung des Kontakts zur »Außenwelt« und die ideologische und moralische Unterstützung von allem, was die Gruppen eben sonst so machen, sei es im Untergrund oder nicht.

Der Gender Gap

Rechte Frauen werden als der Ausnahmefall wahrgenommen, nicht als ein integraler Bestandteil der rechten Szene. Und nur bei Frauen ist es offenbar wichtig, ihr Geschlecht zu thematisieren, während rechte Männer die Norm und damit geschlechtslos zu sein scheinen. Wie immer, wenn es um rechte Frauen geht, wird das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus von den Medien angefragt – ein Forschungsnetzwerk Männer und Rechtsextremismus gibt es hingegen nicht. Dieser Gender Gap ist nicht neu und im Bezug auf Rechtsextremismus ist die wissenschaftliche Theoriebildung und unsere Recherche deutlich weiter gekommen als bis zur Frage, ob sich wirklich auch Frauen in der extremen Rechten engagieren. Die Berichterstattung über BEATE ZSCHÄPE macht deutlich, dass noch nicht genug getan wurde, um das auch weiterzuvermitteln. Über Rollenverteilungen im Untergrund und in der Legalität, über die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit für das Verhältnis zur Gewalt und auch über die Unfähigkeit, die Existenz einer gewalttätigen und gut organisierten extremen Rechten beiderlei Geschlechts zu realisieren.

Was sind die aktuellen Forderungen?

Folgt man der öffentlichen Diskussion um die Konsequenzen aus dem NSU-Komplex, dann lägen diese einzig in der Stärkung der staatlichen



Sicherheitsbehörden, unbesehen der Inkompetenz und Ignoranz, mit der diese sich bisher hervorgetan haben.

Demgegenüber stehen antifaschistische Forderungen an politisch Verantwortliche, deren Legitimität durch die tödliche Mischung aus Ignoranz, Versagen, Inkompetenz und staatliche Beihilfe für die NSU deutlicher denn je sind.

Inlandsgeheimdienste abschaffen, V-Leute abschalten

Täglich werden neue Details über das Versagen mehrerer Landesämter und des Bundesamts für Verfassungsschutz im NSU-Komplex öffentlich. Sei es die jahrelange Aufbauhilfe, die durch »Honorare« für Neonazi-Informant_innen und V-Leute im Umfeld der NSU geleistet wurde oder die bei weitem noch unaufgeklärte Rolle des V-Mannführers T. alias »Klein Adolf« in Kassel. Konsequenter wäre daher nur eins: Den Inlandsgeheimdienst abzuschaffen. Denn klar ist: Das Nicht-Wissen, Halb-Wissen und die gezielten Desinformationen über die extreme Rechte, die durch die Geheimdienste jahrzehntelang an Politik und Gesellschaft weitergegeben wurden, haben entscheidend zum Aufbau flächendeckender Neonazistrukturen mit beigetragen. Wer jahrelang nach jedem Waffenfund bei Neonazis so getan hat, als seien hier nur Spielzeugwaffen gefunden worden, der hat jegliche Legitimation verloren.

Addiert man noch die gezielten, politisch motivierten Diffamierungskampagnen gegen antifaschistische Gruppen und Personen, Linke und NS-Verfolgte durch die Geheimdienste hinzu, wird klar, dass die Abschaffung der Inlandsgeheimdienste eine politische Maximalforderung ist, die jetzt mehr denn je offensiv vertreten werden sollte.

Jenseits der Maximalforderung steht die Forderung nach dem Abschalten aller V-Leute in Neonazistrukturen. Denn bei diesen handelt es sich um vom Staat bezahlte Neonazis, die ihre Strukturen durch staatliche Finanzierung ausbauen und stabilisieren. Die Geschichte der deutschen Neonazibewegung zeigt, dass immer wieder V-Leute in tödli-

che Attentate (Wehrsportgruppe Hoffmann) und Brandanschläge (Solingen) involviert waren. Und schlussendlich waren sie es, die ein NPD-Verbot im Jahr 2003 juristisch verhindert haben.

Transparente Aufklärung, Strafverfolgung und personelle Konsequenzen

Die derzeit von Politiker_innen aller Parteien geführte Debatte um Terrorabwehrzentren, Zentraldateien für Geheimdienste und Polizei gleichermaßen bedeuten vor allem, dass die gleichen Beamt_innen, die in den Geheimdiensten, Staatsanwaltschaften und sonstigen Polizei- und Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten versagt und die vorhandenen Daten und Informationen ignoriert haben, noch mehr Befugnisse bekommen und genauso unkontrolliert weiterarbeiten wie bisher.

Die Angehörigen der Ermordeten, die Verletzten der Nagelbombenanschläge und die migrantischen Communities, die durch die Attentate der NSU unmittelbar betroffen sind, aber auch die Gesellschaft als Ganzes, haben ein Recht darauf, dass eine lücken- und schonungslose Aufklärung in aller Öffentlichkeit stattfindet. Das kann nicht durch Sonderermittler ohne Befugnisse oder geheim tagende Parlamentarische Kontrollkommissionen geschehen: Das Mindeste wäre ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Bundestag, der öffentlich tagt und ein Recht auf Akteneinsicht auch bei den Länderbehörden hat.

Kritische Reflexion der bisherigen antifaschistischen Arbeit

Als unabhängige Antifaschist_innen richten sich unsere Forderungen nicht allein an staatliche Instanzen. Die Mordserie der NSU und deren Auswirkungen sollten auch Konsequenzen für antifaschistisches Handeln und damit für unsere eigene Praxis haben:

Die Tatsache, dass die Hinterbliebenen der Ermordeten und die Ver-

letzten der Nagelbombenattentate jahrelang alleine gelassen worden sind, ist auch ein Ausdruck davon, wie wenig Kontakt und gemeinsame Praxis es zwischen der unabhängigen Antifabewegung und migrantischen Communities sowie deren (politischen) Selbstorganisationen gibt. Daran hat sich auch nach dem Bekanntwerden der NSU-Verantwortung für die Anschläge und Mordserie aus unserer Perspektive noch viel zu

Vortrag zu »Rechtsterrorismus«

Gemeinsam mit Kolleg_innen aus anderen Projekten erarbeitet das *apabiz* zur Zeit eine neue Veranstaltung zum Thema »Rechtsterrorismus«.

Die Veranstaltung wird ab Januar angeboten und kann ab sofort gebucht werden.

wenig geändert. Das bedeutet: Es gilt nach neuen Brandanschlägen, Angriffen oder Bedrohungsaktionen in migrantischen Kontexten den Kontakt mit den Betroffenen zu suchen und konkrete solidarische Unterstützung anzubieten – auch und gerade wenn die Sicherheitsbehörden erklären werden, dass »ein fremdenfeindliches Motiv ausgeschlossen werden kann«.

Viele Hintergrund-Informationen, die jetzt in den Medien über die NSU bzw. deren Umfeld berichtet werden, sind das Ergebnis sorgfältiger, zum Teil langjähriger, antifaschistischer Recherchen. Die antifaschistische und kreative Recherchekompetenz ist notwendig, um Umstrukturierungsprozesse in der Neonaziszene analysieren und darauf dann auch entsprechend reagieren zu können.

Und nicht zuletzt: Es reicht nicht, gegen Neonazis zu sein. Wir haben auch eine gesellschaftliche Verantwortung und dazu gehört, dass wir die Auseinandersetzung mit rassistischen Einstellungsmustern und -stereotypen konsequent einfordern und auch in unserem Umfeld offensiv führen.

Sich gemeinsam gegen Kriminalisierung und Diffamierung wehren

Die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements nimmt immer



groteskere Formen an und alternative Zentren und besetzte Häuser werden mit Diffamierungskampagnen überzogen: Um uns dagegen effektiv wehren zu können, sind wir auf breite Bündnisse angewiesen. Bündnisarbeit macht nicht immer Spaß, ist aber häufig wirkungsvoll. Und darum geht es uns schließlich: Effektiv, kreativ und solidarisch antifaschistisch aktiv zu sein, für eine Gesellschaft, in der

alle die gleichen Rechte und den gleichen Schutz haben. Den ordnungspolitischen Antworten des Staates auf die NSU stellen wir unsere politischen Ideen und Forderungen gegenüber, die sich an die gesamte Gesellschaft richten – nicht nur an den Staat.

Mitarbeiter_innen des apabiz sowie des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus

Hintergrund

Für die, die es ernst meinen

COMBAT 18 liefert seit den 1990er Jahren Leitlinien für den Untergrundkampf

COMBAT 18 ist der Begriff, der militante Neonazis weltweit elektrisiert. Beliebte Shirt-Motive der deutschen Neonaziszene zeigen ein Maschinengewehr und den Schriftzug »Terrormachine Combat 18« oder eine explodierendes Paket eines »Combat 18 Parcel Service«. Die deutschen Bands OI DOXIE und WEISSE WÖLFE genießen Kultstatus in der Szene, weil sie als COMBAT 18-Bands gelten.

COMBAT 18 in den 1990er Jahren

COMBAT 18 hat seinen Ursprung in einer Schlägertruppe der neonazistischen britischen Partei BRITISH NATIONAL PARTY (BNP) um 1992. Nach dem Tod von IAN STUART DONALDSON, dem Begründer des BLOOD & HONOUR-Netzwerkes, im Jahr 1993 riss COMBAT 18 die Führung des britischen BLOOD & HONOUR an sich und expandierte. Führer des britischen COMBAT 18 bereisten Ende der 1990er Deutschland, um auch hier die Szene nach potentiellen Mitkämpfer_innen zu sondieren. Die Referenz in ihrem Gepäck: Bombenanschläge in England und Schweden, begangen unter dem Namen COMBAT 18, die bis 1999 mehrere Menschen getötet hatten. COMBAT 18 wirkte in Deutschland als Initialzündung, nun Ernst zu machen im »Krieg gegen das System«. Die Neonazi-Zeitschrift HAMBURGER STURM interviewte 1999 eine anonyme NATIONAL-REVOLUTIONÄRE ZELLE, die sich auf

COMBAT 18 bezog. Und COMBAT 18-Anhänger wurden im Frühjahr 2000 in beinahe letzter Minute von der Polizei daran gehindert, mit Schusswaffen gegen ein linkes Wohnprojekt in Berlin loszuziehen.

Das Buch »The Way Forward« des norwegischen BLOOD & HONOUR-Führers ERIK BLÜCHER lieferte ab dem Jahr 2000 den Leitfaden. BLÜCHER beschreibt COMBAT 18 als den bewaffneten Arm von BLOOD & HONOUR, deren Kämpfer_innen nun ausziehen sollten, um das »multikulti, multikriminelle Inferno von ZOG (zu) zerstören«. ZOG (Zionist Occupied Government) steht als Synonym für eine halluzinierte jüdische Weltherrschaft. Diese Strategieschrift war ein Aufruf zum bewaffneten Kampf nach dem Prinzip des »führerlosen Widerstandes«, der in dieser Form und zu dieser Zeit einmalig war.

Was COMBAT 18 heute ist

COMBAT 18 ist vieles: Eine Idee, ein Konzept, eine Struktur, die Militante, vornehmlich aus dem Kreis des in Deutschland seit 2000 verbotenen BLOOD & HONOUR-Netzwerkes, zusammenhält. Und ein Label, um politische Gegner_innen einzuschüchtern oder um sich selbst in der Szene aufzuwerten. Was man über Strukturen von COMBAT 18 weiß, sind oft nur Konturen eines Puzzles, bei dem viele Teile fehlen und andere nicht zu passen scheinen. Stets

läuft man in Gefahr, den Posen einer Gang aufzusitzen, die sich selbst als »COMBAT 18« stilisiert, jedoch keinen Zugang zum Netzwerk und zur Logistik des Untergrundkampfes hat.

2009 kam in Hessen die Geschichte eines Neonazis aus dem Rhein-Main-Gebiet, genannt »Frank«, ans Licht. Über die neonazistische Musikszene war Frank zum Kreis des COMBAT 18 SÜDHESSEN gestoßen, zu dessen Führung er nun zählte. Nach Aussagen von Frank stehen hinter COMBAT 18 SÜDHESSEN altbekannte BLOOD & HONOUR-Leute, die seit Jahren aus dem Fokus antifaschistischer Recherchen verschwunden waren. Wie COMBAT 18 SÜDHESSEN strukturiert war, was sie planten oder was sie vielleicht schon umgesetzt hatten, konnte oder wollte Frank nicht mitteilen. Aber immerhin: Er habe, so erzählte er einem Journalisten, den Behörden stets mitgeteilt, wo Waffen gehortet wurden und die Polizei habe diese seines Wissens nach immer eingesammelt. Von den Razzien und Waffenfunden erfuhr die Öffentlichkeit nichts, von damit verbundenen Prozessen ist nichts bekannt. Es scheint, als seien die Behörden bislang stets eingeschritten, wenn sich etwas zusammenbraute. Doch die Struktur von COMBAT 18 in Hessen wurde nie zerschlagen. Schließlich war Frank über viele Jahre Top-Informant des Verfassungsschutzes.



Kurzmeldungen

Extremismus in Mitte

Berlin • Während auf Landesebene die neue rot-schwarze Regierung die Einführung der sogenannten Extremismusklausel ablehnte, hat der Bezirk Mitte sie Ende Oktober beschlossen – noch bevor die Koalitionsverhandlungen auf Landesebene beendet waren. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU heißt es: »Zuwendungsempfänger von bezirklichen Mitteln und/oder Partner in Projekten mit bezirklicher Beteiligung sollen [...] eine schriftliche Erklärung zur Verfassungstreue abgeben.« Das bedeutet auch, dass anders als auf Bundesebene üblich, nicht nur die geförderten »Programme gegen Rechtsextremismus« die Klausel unterschreiben müssen, sondern alle – theoretisch vom Schülertreff bis zum Imkerclub. In Spandau hingegen wurde am 23.11.2011 die im Juni des Jahres eingeführte »Spandauer Extremismusklausel«, die nur das Unterschreiben der eigenen Treue zur FDGO, nicht aber das Ausspionieren der Partnerorganisationen beinhaltet, wieder abgeschafft.

Neuer NPD-Bundesvorstand

Neuruppin • Auf dem NPD-Personalparteitag am 12. und 13. November 2011 im brandenburgischen Neuruppin wurde HOLGER APFEL zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Nach 15 Jahren an der Parteispitze wurde UDO VOIGT somit von seinem ehemaligen Adlatus beerbt. Als seine Stellvertreter bestimmten die Delegierten UDO PASTÖRS, FRANK SCHWERDT und KARL RICHTER. Der restliche Vorstand setzt sich aus einer Mischung aus alten Bekannten (z.B. MATTHIAS FAUST, KLAUS BEIER, JÖRG HÄHNEL, JENS PÜHSE) und neuen Gesichtern (z.B. FRANK FRANZ, PATRICK WIESCHKE, RONNY ZASOWK) zusammen.

HOLGER APFEL stehen harte Zeiten bevor, denn innerparteilich ist er nicht unumstritten. Einigen gilt sein angestrebter Weg in die Mitte der Gesellschaft, den er mit dem Konzept der »seriösen Radikalität« (gemäßigteres Auftreten bei gleichbleibender inhaltlicher Schärfe) umschreibt, als zu moderat. Darüber hinaus droht der NPD möglicherweise ein erneutes Verbotverfahren. Denn einzelne Mitglieder, wie etwa der verurteilte Gewalttäter und neue Bundesorganisationsleiter, PATRICK WIESCHKE, sind aufgrund möglicher Kontakte zu der rechten Terrorzelle NSU bereits in

den Fokus der Ermittlungen geraten. APFEL wird sich also, von einigen Aktivist_innen des Kameradschaftsspektrums innerhalb und außerhalb der Partei explizit distanzieren müssen. Allerdings sind die Teilerfolge der letzten Jahre wie auch die Handlungsfähigkeit der Partei zu einem entscheidenden Teil gerade diesen Personen zuzuschreiben.

Kontroverse um Neuruppiner Blockade

Brandenburg • Die polizeiliche Räumung einer Antinazi-Sitzblockade im September in Neuruppin sorgt für Diskussionen in der Brandenburger Politik. Über 300 Personen waren damals eingekesselt, geräumt und dann teils stundenlang festgehalten worden. Die Vorgänge zogen eine mediale Debatte und Aussprachen im Innen- sowie im Justizausschuss nach sich. Innenminister Dietmar Woidke (SPD) verteidigte den Polizeieinsatz als »rechtmäßig und geboten«. Er warnte zudem vor weiteren Blockadeversuchen – diese »Konfrontationsstrategie« sei ein »Irrweg«. Es hängen mehrere hundert Ermittlungsverfahren gegen die Blockierenden an. Zwei Dokumentationen der Vorgänge gibt es auf www.inforiot.de und www.aktionsbuendnis-brandenburg.de.

»Meinungsfreiheit« im Visier

Berlin • Am 26. November lud das neurechte INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK (IfS) zum 19. BERLINER KOLLEG unter dem Motto »Ein Jahr nach Sarrazin – Meinungsfreiheit in Deutschland«. Der Einladung folgten diesmal etwa 180 Personen, darunter der NPDler HANS-ULRICH PIEPER und der Ex-REPUBLIKANER DETLEF BRITT. Den einleitenden Vortrag hielt der ideologische Kopf des IfS, KARLHEINZ WEISSMANN. Es folgten die Ausführungen des ehemaligen Richters GÜNTER BERTRAM zum »Volksverhetzungsparagraphen«. Unter dem Titel »Geschichtspolitik als Ernstfall der Meinungsfreiheit: Der Fall Barbarossa« referierte der Historiker STEFAN SCHEIL seine Thesen zum »Präventivkrieg« und analysierte die ablehnende Haltung der Geschichtswissenschaft ihm und der »Präventivkriegsthese« gegenüber als fehlende Meinungsfreiheit. Den Abschluss bildete der Betreiber des »islamkritischen« Blogs KORREKTHEITEN.COM, MANFRED KLEINE-HARTLAGE. Mit dem EVZ Logenhaus in Berlin-Wilmersdorf ist es dem IfS gelungen, nach fast zweijähriger Pause wieder einen Ort für seine bundesweiten Tagungen zu finden.

Kostenlose Zeitung für Schülerinnen und Schüler

Neue Runde für »Kein Bock auf Nazis«

Im *apabiz*-Projekt »Kein Bock auf Nazis« laufen derzeit die Vorbereitungen für eine neue Publikation auf Hochtouren. Eine neue Ausgabe der gleichnamigen Zeitung, die sich vorrangig an Schüler_innen richtet, soll Anfang des kommenden Jahres erscheinen. Das achtseitige Heft soll in einer Auflage von 500.000 Exemplaren gedruckt und kostenlos bundesweit verteilt werden.

Enthalten sind jugendgerecht aufbereitete Informationen über Inhalte und Strategien der extremen Rechten sowie Tipps, wie sich Jugendliche engagieren können. Auch an der Erstellung der Zeitungsinhalte selbst sind Jugendliche beteiligt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird auf der inzwischen häufig erfolgreich praktizierten Aktionsform von Blockaden gegen rechte Aufmärsche liegen. Ebenfalls enthalten sind neue Statements von den pro-

minenten Unterstützer_innen des Projekts. Um das Projekt starten zu können wurden in den letzten Wochen eifrig Spenden gesammelt. Auch die erste Auszeichnung in diesem Jahr liegt nun für das Projekt vor. Am 6.12.2011 erhielt »Kein Bock auf Nazis« den Wilhelm-Dröschler-Publikumspreis. Die Zeitung (gegen Verpackungs- und Versandkosten) kann ab sofort über die Homepage www.keinbockaufnazis.de vorbestellt werden. Der Versand wird ab Anfang Januar erfolgen.

»Kein Bock auf Nazis« wurde 2006 vom *apabiz* und der Band »ZSK« gegründet. Seitdem wurden bereits eine Million Zeitungen und 250.000 kostenlose DVDs an Jugendliche verteilt. Zu den Unterstützer_innen zählen unter anderem Popstars wie »Die Ärzte«, »Beatsteaks«, »Die Toten Hosen«, »Wir sind Helden« und »Fettes Brot«.



Abonnieren...

...kann man den ~~monitor~~ nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden_innen erhalten diese 1x jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Weber, Jürgen: »Einmal Partisan – immer Partisan« – Partisaninnen und Partisanen im Piemont und die Befreiung Turins 1945, Querwege, Konstanz 2011.* Der Autor Jürgen Weber arbeitet seit 1994 zur Geschichte der Partisan_innenbewegung während des Zweiten Weltkrieges in der italienischen Region Piemont. In dem Band sind sechs Interviews veröffentlicht, die mit Frauen und Männer geführten wurden, die als Partisan_innen in unterschiedlichen Zusammenhängen gegen die deutsche Wehrmacht, die SS und die italienischen Faschisten gekämpft haben. Die lesenswerten Gespräche verdeutlichen nicht nur die persönlichen Blickwinkel fernab der etablierten Geschichtsschreibung, sondern sind Teil der antifaschistischen Geschichtsüberlieferung.

• *Kieler, Jørgen (Hrsg.): Dänischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Offizin Verlag, Hannover 2011.*

Anhand der Lebensgeschichte des Autors wird dem/der Leser_in auf sehr anschauliche und spannende Weise, die Besetzung Dänemarks durch Nazideutschland, die Kollaboration und die Reaktionen der Bevölkerung nahe gebracht. Dem Autor ist es sehr gut gelungen, eine Balance zwischen persönlichen Erfahrungsbericht, politischen Ereignissen und Einschätzungen zu wahren. Einführend wird die Zeit als junger Student in München und die dort erlebte Machtübergabe geschildert. Zurück in Dänemark kommt der junge Kieler in Kontakt mit den ersten Widerstandskämpfern und gründet schließlich seine eigene Gruppe. Ausführlich wird über Sabotageaktionen, Organisationsprobleme, inhaltliche Auseinandersetzungen und schließlich die Verhaftung und Deportation ins KZ Stutthof berichtet. Hier entgeht er knapp dem Tod durch die Intervention des Roten Kreuzes kurz vor Ende des Krieges. Neben den spannenden Erzählungen sind die politischen Analysen der dänischen Politik und die immer wieder auftauchende Selbstkritik der dänischen Widerstandsbewegung eine absolute Stärke dieses Buches. Wer die dänische Geschichtsschreibung kennt, weiß, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle spielt und beschönigt wird – Kollaborationen der dänischen Regierung und Bevölkerung ausgelassen werden. In diesem schonungslosen Bericht von Kieler ist das bemerkenswertere nicht der Fall. Das Buch gibt einen sehr guten Überblick über die

damalige Stimmung und die reale Situation im Land. Mit allen seinen guten und schlechten Seiten.

• *Gailus, Manfred/Siemens, Daniel (Hrsg.): »Hass und Begeisterung bilden Spalier«. Die politische Autobiografie von Horst Wessel, Be.bra Verlag Berlin 2011.*

Dem 1930 ermordeten Berliner SA-Mann Horst Wessel widmete das NS-Regime posthum einige Jahre lang einen regelrechten Gedenkkult. Das nach ihm benannte Lied diente gar als eine Art zweite Nationalhymne. Zu Lebzeiten war Wessel hingegen keineswegs prominent, allenfalls eine kleinere Nazi-Kiezgröße rund um den Alexanderplatz. Er selbst sah sich ganz offenbar zu Höherem berufen: Wessel schrieb kurz vor seinem frühen Tod im Alter von 22 Jahren eine politische Autobiografie. Jahrzehntlang galt die Schrift als verschollen. Der Wesselforscher Daniel Siemens und der Berliner Geschichtspräsident Manfred Gailus haben die Autobiografie nun – zusammen mit einem kommentierenden Aufsatz – erstmals veröffentlicht. Wessel war der Sohn eines bekannten völkisch-nationalistischen Pfarrers, stammte aus bestem Hause. Insofern ist die knapp und eilig formulierte Autobiografie Wessels keine authentische Stimme aus der frühen, proletarisch geprägten Basis der SA. Aber dennoch ist sie eine wohl einmalige Quelle, lässt sich doch an ihr der antirepublikanische Furor, die militaristische Männerbündelei und die Dynamik der NS-Bewegung in den Berliner Straßenkämpfen der Weimarer Zeit nachvollziehen.

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des *apabiz e.v.* kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den **Referent_innen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des *apabiz e.v.* (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!